



Antrag

der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SPD, SSW
und DIE LINKE

HSH Nordbank: Verdeckte Observierung von MedienvertreterInnen und PolitikerInnen

– Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass es völlig inakzeptabel ist, wenn eine von der HSH Nordbank AG beauftragte private Sicherheitsfirma verdeckte Besuche öffentlicher Veranstaltungen durchführt und/oder verdeckte Hintergrundgespräche mit verantwortlichen Politikern und Politikerinnen führt.

Der Landtag fordert die Verantwortlichen in der HSH Nordbank auf, alle offenen Fragen im Zusammenhang mit der Bespitzelung von Parteien und MedienvertreterInnen transparent und zügig gegenüber Regierung und Parlament aufzuklären.

Der Landtag unterstützt die Bemühungen der Landesregierung, die im Raum stehenden Vorwürfe rückhaltlos aufzuklären. Er fordert die Landesregierung auf, gegenüber der HSH Nordbank Transparenz und Aufklärung weiterhin konsequent durchzusetzen.

Der Landtag hat bereits mit der Drucksache 17/847 bezüglich der Spitzelvorwürfe gegenüber Mitarbeitern der Bank beschlossen, dass, sollten sich die Vorwürfe dieses

Spitzelskandals bestätigen, dafür Sorge zu tragen sei, dass die erforderlichen personellen und organisatorischen Konsequenzen gezogen werden. Dieses gilt gleichermaßen für die jetzt im Raum stehenden Vorwürfe.

Monika Heinold
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Tobias Koch
für die CDU-Fraktion

Jürgen Weber
für die SPD-Fraktion

Katharina Loedige
für die FDP-Fraktion

Ulrich Schippels
für die Fraktion DIE LINKE

Lars Harms
für die SSW-Fraktion